

Atomklo Gorleben: Klospülung nach oben ...

Atombusiness as usual beim neunten Castortransport nach Gorleben

Wieder einmal waren selbst angemeldete Demonstrationen in einem Korridor von 70 km Länge und bis zu 1 km Breite verboten. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg forderte stattdessen von den Verantwortlichen in Atomindustrie und Politik ein "Atommüllproduktionsverbot, statt ein Demonstrationsverbot".

Denn nicht die Menschen im Wendland sind gefährlich, sondern die Atomkraftwerke und ihre radioaktiven Hinterlassenschaften. In der fünf Zeitungsseiten füllenden Prognose angeblicher Gefahren, die von angemeldeten Demonstrationen ausgeht, wurde die Gefährdung der Bevölkerung durch das immense Strahlenpotential der Castorbehälter komplett ausgeblendet. Als gefährlich wurden ausschließlich die berechtigten Proteste gegen die mit Polizeigewalt durchgesetzten Gefährdungen durch die Atomindustrie eingestuft.

Atommüllproduktionsverbot statt Demonstrationsverbot

Vollkommen ignoriert wurde erneut, dass die in der "Gefahrenprognose" aufgelisteten Aktionen gegen Castortransporte nie aus angemeldeten Demonstrationen hervorgingen, sondern unabhängige Aktionen von Einzelnen oder Gruppen waren. Absurd ist es obendrein, ausgerechnet Verstöße gegen die Versammlungsverbotzonen der letzten Jahre aufzulisten. Denn ohne Versammlungsverbotzone gäbe es schließ-

lich auch keine Verstöße dagegen! So bleibt es bei der künstlich inszenierten Kriminalisierung von Atomkraftkritikern, die das grundrechtlich verbrieftes Recht auf Demonstrationsfreiheit und freie Meinungsäußerung wahrnehmen wollen. Etwaige Verstöße gegen das Versammlungsverbot kann doch logischerweise nur die polizeiliche Verhängung des Versammlungsverbot selbst produzieren. Unsere Gefahrenprognose lautet anders: Auch die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit und informationelle Selbstbestimmung bleiben auf der Strecke. Einer der wenigen nachvollziehbaren Sätze der Allgemeinverfügung ist das der BI zugeordnete Zitat: "Jeder Castorbehälter, der ins das Zwischenlager in Gorleben gelange, zementiert nach Auffassung der Bürgerinitiative den Standort Gorleben als nukleares Entsorgungszentrum".

Ergänzt werden müsste hier nur, dass seit Anfang der Achtziger Jahre bekannt ist, dass das geplante Endlager in Gorleben radioaktive Stoffe nicht vor dem Eintritt in die Biosphäre abhalten kann. Außerdem ist richtig erkannt worden, dass der Widerstand gegen Gorleben "bunt, fantasievoll und vielfältig ist".

Und gerade die Vielfältigkeit der Proteste hat deutlich gezeigt, dass der Widerstand mit all seiner Fantasie nicht klein zu kriegen ist. Ob Stuhlblokkaden, Rallys, Pferdeprozessionen, Landmaschinenschauen, oder Ankettkaktionen an Schienen, Traktoren und in Leichenwagen am Totensonntag, der Widerstand zwischen La Hague und Gorleben bleibt lebendig!

Gorleben als Atommülllager gestorben

Was hat der Widerstand bewirkt? 10 Jahre nach dem ersten Castortransport ins Wendland unterhielten sich sämtliche Politiker in Berlin, während der Castor rollte, erstmals nicht über den Castor, nicht über ein Zwischenlager, sondern darüber, worum es eigentlich geht: Über das nicht vorhandene Endlager für den Jahrtausende strahlenden Atommüll. Ein Erfolg der unermüdelichen Arbeit der Bürgerinitiative, des Protestes im Wendland und der gesamten Anti-AKW-Bewegung.

Dafür haben wir hier im Wendland seit inzwischen 27 Jahren gekämpft, und wir werden dafür streiten, dass dem Gerede in Berlin über das richtige Thema endlich auch entsprechende Taten



Gewissensruhe ...

folgen. Erst vor wenigen Wochen hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in einer umfangreichen Studie festgestellt: Wenn schon Salz als Endlagermedium, dann muss ein mächtiges Deckgebirge zur Abdichtung nach oben vorhanden sein.

Genau dieses unverletzte Deckgebirge hat Gorleben nicht. Und das ist seit Abschluss der ersten Standortuntersuchungen im Jahre 1982 klar. In einem Atomklo Gorleben würde die Klospülung also nach oben verlaufen! Für jede verantwortungsvolle Regierung, die sich nicht am Gängelband von E.ON und Co. vorführen lässt, heißt das: Gorleben ist als Atommülllager gestorben.

Im Gegensatz zur Polizei ist der Protest für die Menschen hier keine unfaire Wettkampfanstaltung mit dem Ziel "immer schneller, höher, weiter". Wir wollen mit unserem Protest bei Minustemperaturen dafür sorgen, dass die Politiker in ihren warmen Sesseln in Berlin endlich eine politische Lösung für die ungelöste Atommüllfrage auf den Weg bringen:

1. Aufgabe des Atomstandortes Gorleben,
2. keine weitere Produktion von Jahrtausende tödlich strahlendem Abfall.

Frau Merkel, Sie tragen nicht nur die Verantwortung für die nächsten vier Jahre, sondern in der Atommüllfrage für eine Million Jahre. Herr Gabriel, Sie müssen sich an ihrem Zitat aus einem Interview im Spiegel vom April 2001 messen lassen: **"Weitere Transporte nach Gorleben gefährden den Landfrieden und lassen die früheren Mahnungen von Robert Jungk wahr werden, dass ein solcher Atomstaat die Demokratie zerstört".**

Francis Althoff

Inhalt

- S. 1 Atomklo Gorleben!
- S. 2 Widerstand gegen Atomkraft
- S. 3 Atommüll kontra Grundrechte
Po Motion
- S. 4 Globalisierung der Energiemärkte
- S. 6 Land verabschiedet sich vom
Naturschutz
Atomvölkerrecht
- S. 7 Modellregion Wendland
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service

Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebänden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelze Mol entdeckt („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfenhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei

Widerstand gegen Atomkraft

In Gorleben wird weiter für den Ausstieg und Grundrechte gestritten – nun auch vor dem Bundesverfassungsgericht

Im Wendland wird seit 1977 für den Ausstieg aus der Atomkraft und gegen Gorleben als Atomklo der Nation gestritten. Über 10.000 Polizisten "sicherten" auch beim 9. Transport im November 2005 die atomare Müllabfuhr.

68 Behälter verlieren sich – noch – in der Lagerhalle mit 420 Stellplätzen. Doch jeder Transport erhöht den politischen Druck, das Moratorium auf der Endlagerbaustelle im Salzstock Gorleben aufzugeben – trotz aller Sicherheitsbedenken, trotz der Kritik an einem Suchverfahren ohne jeden Standortvergleich. Schwarz/Rot klammert den Dissens in der Atompolitik im Koalitionsvertrag aus und der Sigmar Gabriel als SPD-Umweltminister will bei der Standortsuche für ein Atom Mülllager nicht mehr so sehr "in die Tiefe" gehen...

Der Widerstand im Wendland gibt sich ungebrochen. Ungezählt sind die Demonstrationen, vielgestalt die Aktionsformen, dauerhaft restriktiv ist die staatliche Reaktion auf den Bürgerprotest. Einen Höhepunkt erreichte die Polizeipräsenz mit der Aufnahme der Castortransporte ins Brennelementzwischenlager Gorleben. Seit dem Sommer 1994, wo ein letztes Mal der Transport hochradioaktiven Mülls ins Elbdorf verhindert werden konnte, wird der Aufmarsch Tausender von Uniformierten Jahr für Jahr flankiert durch Allgemeinverfügungen: Großflächig herrschen Demo- und Versammlungsverbote in einem engen räumlichen Bezug zum Transportgeschehen solange, bis die hochradioaktive Fracht die zugige Halle in Gorleben erreicht.

"Sie dürfen hier nicht durch!"

Die Verbote sind eine Eingriffsermächtigung für die Polizei – für Personen- und Fahrzeugkontrollen, für die Kesselung von Demonstranten und Dörfern (Ausgangssperre), für präventive Festnahmen, Hausdurchsuchungen, Camp- und Beherbergungsverbote. Meist reicht die stereotype Begründung "Sie dürfen hier nicht durch!". Dadurch entsteht ein Zirkelschluss: Weil das Versammlungsverbot massenhaft ignoriert wird, wird ein polizeilicher Notstand angenommen, und dieser begründet für das Folgejahr eine erneute Allgemeinverfügung.

Dieses alles hinzunehmen als notwendigen und systembedingten Vollzug von Herrschaftsgesetzen, als repressive Begleitumstände bei der Durchsetzung des Atomstaats, verkennt, dass Grundrechte noch nie vom Himmel gefallen sind. Sie sind schon immer erstritten worden. Bestärkt durch eine Vielzahl von Gerichtsurteilen, die der Polizei permanent die Rechtswidrigkeit im Umgang mit den Demonstranten bescheinigen, haben die BI Umweltschutz

Lüchow-Dannenberg und die Aktionsgruppe "x-1000-mal-quer" Verfassungsbeschwerden erhoben. Sie sind nicht länger bereit, die Entrechtung hinzunehmen, so wenig wie sie bereit sind, die tödliche Atomkraft als Energiequelle oder Gorleben als Atommülldeponie hinzunehmen.

In einer umfangreichen Broschüre der Schriftenreihe "Zur Sache" wird die Verfassungsbeschwerde der BI Umweltschutz dokumentiert. Es lohnt zu blättern: die

facettenreiche Widerstandsgeschichte seit 1995 mit Polizeikessel, In-Gewahrsamnahmen, Ankettaktionen, ICE-Blockade – was immer geschah findet Erwähnung und wird im Hinblick auf versammlungsrechtliche Fragen diskutiert.

Vor allem wird das Konstrukt eines "polizeilichen Notstands", das zwar in jeder Bilanz der Polizei nach Abwicklung eines Transports widerlegt wird – denn die Transporte erreichen trotz großer und kleiner Verzögerungen ihr Ziel – durch die Hamburger Anwältin Ulrike Donat entzaubert. Eine tatsächliche und faire Überprüfung der Fakten wird von den Gerichten eingefordert. Das heißt nicht, dass sich die Aktivisten als harmlos darstellen. Der Widerstand ist vielschichtig, gemein und nützlich. Wer die – behutsam gekürzte- Beschwerdeschrift liest, wird sich ein entsprechendes Bild machen können.

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist in einem parlamentarischen System ein essentielles Element ungebändigter plebiszitärer Demokratie. Aber es gibt keine "Waffengleichheit", allein der Zugang zu Medien ist extrem ungleich. Regierungs- oder Firmenvertreter haben es per se leichter als Bürgerinnen oder Bürger oder Nichtregierungsorganisationen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dieter Metk zeichnet nach, wie sich Polizei und BGS inzwischen auf Kosten der Steuerzahler des dpd-Dienstes "news aktuell" bedienen, um die Öffentlichkeit zu beeinflussen.

Wenn nun noch das Mediencontainer-Dorf – wie bei beim Castortransport – in der "Sonderrechtszone" hinter Stacheldrahtverhau beim Castorverladebahnhof in Dannenberg untergebracht wird und die Polizei kontrolliert und damit bestimmt, wer Zugang findet, so ist das Maß voll. Reimar Paul, einer der Journalisten, die den Widerstand im Wendland seit Jahren begleiten, hat seine Erfahrung mit der Einschränkung journalistischer Arbeit zu Papier gebracht.

Diese Verfassungsbeschwerde soll Mut machen, auf Grundrechten zu bestehen, diese einzufordern und sich nicht einschränken zu lassen im Kampf um eine Zukunft ohne Atom- ganz gleich ob unter Rot-Grün oder Schwarz-Rot.

Wolfgang Ehmke



Demokratiefreie Zone Gorleben

- Wenn der Castor kommt, werden Grundrechte ausgesetzt -

Zur Sache Nr. 10,

November 2005. 90 Seiten, 3 Euro (ermäßigt 1,50). Bestellung: bi-luechow@t-online.de

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., Drawehnerstr.3, 29439 Lüchow

Atommüll kontra Grundrechte

Wir haben Verfassungsbeschwerde eingelegt und brauchen finanzielle Unterstützung.

Zum X-ten Mal: Castortransporte nach Gorleben. Ein Ereignis, das für eine ganze Region den Ausnahmezustand bedeutet, findet in den Medien immer weniger Beachtung. Gelangweilte Journalisten sprechen abfällig von der "fünften Jahreszeit" – so als handele es sich bei unserem Widerstand um eine Art ritualisierte Brauchtumspflege. Zitat: "Habt Ihr nix Neues?"

Richtig ist: Unsere Haltung zur Atomenergie ist unverändert. Es gibt keinen Ort, an dem der hochgiftige Strahlungsmüll sicher von der Biosphäre abgeschirmt werden kann. Ein Weiterbetrieb der AKW ist nicht zu verantworten. Dafür treten wir ein, dafür gehen wir auf die Strasse.

Brisant

Ist nicht nur der Inhalt der Castoren. Brisant ist auch, was vor und während der Castor-Tage mit verbrieften Grundrechten geschieht. Per Allgemeinverfügung werden großräumig Demonstrations- und Versammlungsverbote erlassen – pauschale Eingriffsermächtigungen für Personen- und Fahrzeugkontrollen, Platzverweise, das Einkesseln von Menschengruppen und ganzen Dörfern, für Hausdurchsuchungen und präventive Festnahmen. Begründet werden die weiträumigen Demonstrationsverbote mit einem angeblichen "polizeilichen Notstand" – einem

Notstand, den die Polizei vorher per "Gefahrenprognose" behauptet, aber nie belegen kann und muss.

Der Castor kommt, die Grundrechte gehen. Die Rechtsanwältin Ulrike Donat spricht von einer "Sonderrechtszone Gorleben".

Wir als Bürgerinitiative Umweltschutz haben Verfassungsbeschwerde gegen diese "Sonderrechtszone" eingelegt. Wir fordern ein, was in einem Rechtsstaat eigentlich selbstverständlich sein sollte: dass die von der Polizei für die Verbote herangezogenen "Fakten" tatsächlich überprüft werden müssen.

Dafür brauchen wir finanzielle Unterstützung

Nichts Geringeres als das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit steht auf dem Spiel. Und "Gorleben" ist der Prüfstein! Zur Unterstützung der Verfassungsbeschwerde sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Bitte helfen Sie uns!

Spenden an die BI sind von der Steuer absetzbar.

Spendenkonto: 2060721

KSK Lüchow (BLZ 258 513 35)

Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch sofort, sonst als Jahresbeleg versandt.

Po - Motion

BÄUERLICHE NOTGEMEINSCHAFT LÜCHOW-DANNENBERG

"Po-Motion" ist das Motto eines wendländischen Bauernkalenders. 13 Widerstands-Models (10 Männer, eine Frau und ein Paar) haben sich nackt in Arbeitssituationen an von Ihnen jeweils selbst gewählten Orten ablichten lassen. Es ist eine Spendenaktion, die Mitglieder der Bäuerlichen Notgemeinschaft für die Rechtshilfe Gorleben initiiert haben.

„Um diese Aktion zu unterstützen, vor allem aber, um die Rechtshilfe Gorleben aufrecht zu erhalten, mit der seit 28 Jahren Kläger gegen die Atomanlagen im Wendland unterstützt werden, lassen nun 13 freiheitlich-bäuerliche Widerstands-Models die derben Hüllen fallen. "Po-Motion" für die Atomisierung der bundesdeutschen Nuklearphantasien, denn die Einnahmen aus dem Verkauf dieses Kalenders sollen helfen, dem Castor Schach zu bieten und ihn eines Tages vielleicht sogar Matt zu setzen", heißt es im Kalenderbegleittext.

Zwar ist die Idee nicht neu, das Menschen sich für eine gute Sache ausziehen und nackt fotografieren lassen. Aber für die Mitglieder der Bäuerlichen Notgemeinschaft handelt es sich nicht um eine reine Spendenkampagne, sondern für sie ist es eine politische Aktion.

"Po-Motion" zeigt, das die Bauern aus dem Wendland ihrem Motto "niemals aufgeben" treu geblieben sind. Das sie kämpferisch und phantasievoll sich auch nach 28 Jahren Auseinandersetzung um Gorleben zu wehren wissen. Und immerwährend wie der Kalender ist auch ihr Widerstand gegen die Gorlebener Atomanlagen.

Der Erlös des Kalenders hilft, Sand in das Getriebe der Atomindustrie und der entscheidungsunwilligen Regierungen zu streuen. Gorleben ist ein Symbol für das Versagen der bundesdeutschen Atompolitik und betrifft nicht nur die Menschen in der Region Lüchow-Dannenberg.

Das Foto shooting wurde von Regisseur und

Kameramann Max Rheinländer dokumentiert. Digi Beta Material vom making off ist über die Firma P&R Productions zu beziehen, Tel. 0221 9874710, e-mail max.rheinlaender@purprod.de. Druckvorlagen der Kalendermotive können bei Susanne Kamien angefordert werden.

Der "wendländische Bauernkalender mit den Fotos von Nils M. Rehfeldt ist im A3-Querformat für den Preis von € 19,80 unter der ISBN-Nummer 3-89567-025-1 beim Nieswand Verlag Kiel erhältlich.

Sonderedition

Der Wendländische Bauernkalender erscheint auch in einer limitierten Auflage von 100 handsignierten Exemplaren, zum "stolzen Preis für 120 Euro, für Leute mit viel Geld und schlechtem Gewissen". Eine echte Wertanlage: Nicht nur, dass man zum optischen auch einen grafologischen Eindruck von den Porträtierten bekommt.

Bestellungen bitte an susannekamien@freenet.de. Susanne ist übrigens Magd und April-Girl des Kalenders. Kontakt: Susanne Kamien, Lange Str. 47, 29439 Lüchow, Tel. 05841-1829, mobil: 0175-429 25 09, www.wendlaendischer-bauernkalender.de



Seerau/ Hitzacker sich für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 68 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugehörigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerrecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan. Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

Globalisierung der Energiemärkte

Markt Giganten und Machenschaften

Es gibt wohl kaum einen anderen Bereich, in dem die negativen Folgen einer weitgehend globalisierten Struktur so deutlich zu Tage treten wie in der atomar/fossilen Energiewirtschaft. Nicht globale Energieversorgung sondern globale Ausbeutung der Primärenergieträger findet statt.

Blickt man auf die ökologischen Zerstörungen, auf den Verlust von Gesundheit und Lebensqualität durch Beschaffung (Braunkohle-Tagebau, Uranabbau), Transporte von Energieträgern (Pipelines, Ölunfälle) und durch Umwandlungsprozesse so gilt hier besonders: "Gewinne werden privatisiert, die Verluste trägt die Allgemeinheit". Die weltweit ausgelösten sozialen Spannungen durch "Rohstoffsicherung" sind ohne Beispiel.

Wirtschaftswachstum um jeden Preis - auch um den Preis der Selbstausrottung !

Als Folge des immensen Energie"verbrauchs" in der industrialisierten Welt kommt es durch Ausbeutung zur Versklavung und Verelendung der Menschen in der Dritten Welt. Zugunsten der Rohstoffinteressen werden Menschen aus ihren Lebensräumen vertrieben oder nachhaltig gesundheitlich geschädigt, wird mit korrupten Feudalregierungen gedealt, werden friedensgefährdende Konflikte heraufbeschworen, ja sogar Kriege geführt.

Energie als Ware besonderer Art.

Wie beim Handel mit anderen Waren geht es auch hier nicht um die tatsächliche Bedarfsdeckung sondern um die Steigerung des Umsatzes – selbst wenn dieser lebensbedroh-

mar/fossiler Energie werden unvermeidbar große Mengen an chemotoxischen und radiotoxischen Stoffen emittiert.

Ungeachtet dieses Tatbestandes wird mit der Ware Energie umgegangen als sei unsere Lebenswelt beliebig belastbar und die Ressourcen unerschöpflich .

Trotz der prinzipiellen Andersartigkeit gelten absurderweise für Energie dieselben Marktgesetze und Handelsabläufe wie für gewöhnliche Waren. Die Ware Energie wird wie jede andere Ware- nach dem Postulat gehandelt: viel bringt viel. Die besten Geschäfte werden auch hier nach der Devise gemacht: billig beschaffen und massenhaft verkaufen ! Die Beschaffung ist billig, wenn Umwelterstörung nicht ausgeglichen werden muß, wenn die Vernichtung von Lebensräumen für den Beschaffer nicht mit Kosten verbunden ist. Massenhafter Verkauf wird durch hemmungslose Bedarfsweckung erzeugt. Energieverschwendung wird systemprägend, ja sogar zu einem Symbol für Wohlstand und Fortschritt . Strategisch ausgeklügelt wird das Bedürfnis nach Mobilität, Komfort und Bequemlichkeit zur Gewinnmaximierung instrumentalisiert. Massenhafter und quasi konkurrenzloser Handel mit Energie ist besonders ergiebig in monopolistischen, zentralisierten Strukturen. Beschränkte sich in den fünfziger Jahren die Zentralisierung noch auf Ortschaften, auf Regionen, später auf Nationalstaaten, so findet jetzt die Steuerung von Energieströmen multinational ja global statt.

Massive Einflußnahme der Energiekonzerne hat zu Gesetzen und Verordnungen geführt, durch die diese Vorgänge weitgehend der staatlichen Kontrolle entzogen werden. Dieses im neoliberalen Sinne optimierte Energiewirtschaftssystem mißachtet soziale und ökologische Belange. Die 30% "Reiche" Staaten verbrauchen rund 90% der eingesetzten Primärenergie.

Der neoliberalistische Anspruch auf ungezügelt "Marktfreiheit" gilt allerdings nur für die Monopolisten der Energiewirtschaft. Alle anderen finden sich in einer Zwangswirtschaft ohnegleichen wieder. Die Thesen: "der freie Markt wird es schon richten" und "keine staatliche Einmischung" ist in der Energiewirtschaft offenbar ausgespart. Ohne staatliche (und staatliche) Subventionen gäbe es

z.B. in Deutschland keine Atomindustrie. Mit der Vorstellung von marktwirtschaftlicher Ordnung hat das nichts mehr zu tun. Auch bei leistungsgewandener Energie (Strom und Gas) hört die freie Marktwirtschaft auf. Obwohl von der Allgemeinheit finanziert, sind Trassen in der Hand global verschränkter

Versorgungsunternehmen für Dritte garnicht oder nur gegen Aufgeld zugänglich.

In der Atomwirtschaft war der Sprung von der nationalen auf die globale Ebene durch den sog. BRENNSTOFFKREISLAUF vorgezeichnet, also

durch die aufeinanderfolgenden Verfahren von der Uranschürfung bis zur Aufarbeitung und zur Endlagerung. Obwohl ein (von Staat und Betreiber) häufig benutztes Argument zur Einführung der Atomindustrie die energiewirtschaftliche Unabhängigkeit war, zeigte sich bald, daß auf allen Stufen des Brennstoffkreislaufs neue multinationale Abhängigkeiten entstanden (WAA, Endlager, Proliferation ...). Durch die technisch unvermeidbare Verzahnung -zunächst nur auf der europäischen Ebene- eröffnete sich ein von den beteiligten Staaten kaum noch kontrollierbares Operationsfeld für transnationale Konzerne. So sind die wesentlichen Entscheidungen denn auch abseits von Parlament und Öffentlichkeit gefallen. Alle bekannten Marktmechanismen der Beschaffungs- und Absatz-Optimierung finden sich ins Maßlose gesteigert wieder : Ausbeutung in übelster Kolonialmanier, Marktbeherrschung durch Okkupation und Dumping. Die schädlichen Folgen dieses Verhaltens gehen weit über Regierungsbereiche und Regierungszeiten hinaus (Halbwertszeit von Radionukliden, Klima).

Daß eine wachsende Energieproduktion unausweichlich zu Lasten der Natur und unersetzlicher Ressourcen geht, bleibt politisch weitgehend unbeachtet. Der "Fortschritt" in den Industrieländern geht überall mit einer hemmungslosen Ausbeutung der begrenzten, nicht-erneuerbaren Energierohstoffe einher. Mit ihrer Umwandlung in Wärme, Strom und Treibstoffe sind Entsorgungsprobleme gekoppelt, die mit zunehmender Erkenntnis über die Komplexität der Ökosysteme immer unlösbarer werden. Die derzeit bekannten irreversiblen Schädigungen werfen die Frage auf, ob die ferne Zukunft überhaupt noch eine Lebensgrundlage für differenzierte Organismen bietet.

Die technikgeschichtliche Entwicklung im Zuge der Industrialisierung ist ganz im Sinne des Neoliberalismus verlaufen : Vorrangig wurden immer wieder jene Technologien gewählt, mit denen am schnellsten und billigsten Energie "produziert" werden konnte, und die sich vom Ansatz her zur Zentralisierung und Monopolisierung besonders eigneten. So entstanden mächtige Energieimperien, die die "effektivsten" Formen der Energiebereitstellungen forcierten und gleichzeitig andere Optionen unterdrückten. Für die Protagonisten dieser dominierenden Richtung ist nur das technisch interessant, was mit "hoher Energiedichte, hoher Konzentration, hoher Spannung und nicht zuletzt mit hoher Sprengkraft"(H. SCHEER) einhergeht. Haltlose Ideen und Vorschläge werden weiterverfolgt und staatlich massiv gefördert, auch wenn bereits im Ansatz die ökologische und soziale Unvereinbarkeit erkennbar ist. Die Kreationen dieser Branche scheinen unerschöpflich: "inhärent sichere Atomreaktoren", "Fusionsreaktor", "CO2 in den Ozean"abenteuerliche "Atomüllkonzepte" usw. Die Ausweitung des "harten" Weges mit Großtechnik, Zentralisierung, Großforschung, Großkraftwerke, überregionale Versorgungsunternehmen und unvermeidbaren Kapitalkonzentrationen ist – ökologisch gesehen – ein SELBSTMORDPROGRAMM.



lich wird. Energie kann weder erzeugt noch verbraucht werden. Die Nichtbeachtung dieses Sachverhalts hat katastrophale Folgen. Die energetischen Bedingungen auf diesem Planeten Erde sind deshalb (bis jetzt noch) lebensfreundlich, weil sich zwischen der Energiezufuhr von der Sonne und der Energierückstrahlung in den Weltraum im Laufe von Jahrtausenden ein ausgeglichenes Gleichgewicht eingestellt hat.

Dieses sensible System wird durch Freisetzung von gebundener Energie, die bei der Verbrennung fossiler Rohstoffe (von Erdöl, Erdgas und Kohle) sowie bei Umwandlung von Materie zu Energie in Atomkraftwerken stattfindet, instabiler. Bei der Umwandlung und Nutzung ato-

Da der übliche "demokratische Prozess" weltweit (und auch bei uns) nicht auf Nachhaltigkeit angelegt ist, wird die Forderung umso dringlicher, die Ökologie zum Leitprinzip politischen Handelns zu erheben.

An der Energiewirtschaft mit ihrer grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigung wird besonders deutlich, daß Ökologische Politik nicht staatlich begrenzt ablaufen darf – hier wäre Globalisierung wirklich angebracht. Die Forderung nach fehlerfreundlicher Technik, nach Technikfolgenabschätzung wird trotz Tschernobyl, trotz verheerenden Ölkatastrophen in der real ablaufenden Politik nur in Sonntagsreden erhoben. Hier spielen eine bewußte und strategisch gesteuerte Verhinderung durch interessierte Kreise (die Angst um ihre abgesteckten Claims haben) und schwerwiegende Defizite an vernetzter Denkweise zusammen.

Die von der Gesellschaft und deren politischen Eliten überwiegend akzeptierten (aber völlig antiquierten) energiewirtschaftlichen Regeln sind nach wie vor auf Steigerung des Energieverbrauchs ausgerichtet, auch wenn absehbar ist, daß dieses System dabei nicht nur ökologisch sondern auch sozial und ökonomisch kollabieren muß. Begriffe wie Sozial- und Umwelt-Verträglichkeit passen nicht in das etablierte Energiewirtschaftssystem. Bis zur Stunde erfolgt die Substitution von Energieträgern ausschließlich nach Kostengesichtspunkten. Eine angemessene Berücksichtigung ökologischer und sozialer Rahmenbedingungen findet nicht statt.

"Die von uns heute favorisierte, wachstumsorientierte, kapitalistische freie Marktwirtschaft hat offensichtlich Rahmenbedingungen und Spielregeln geschaffen, nach denen mit zunehmendem Tempo die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden ... Es (das System) erfordert dringend eine Generalüberholung des mangelhaften wirtschaftlichen Regelwerkes ...

Das unerbittliche Wettrennen (der Länder und Ländergruppen) um Marktvorteile ... gleicht immer mehr einem Wettsägen an dem Ast, auf dem wir alle sitzen." (H. P. DÜRR, "Für eine zivile Gesellschaft")

Warum schlagen sich die seit einem halben Jahrhundert erkannten nachhaltigen und irreparablen Schadwirkungen durch fossil/atomare Energietechniken im Handeln der politischen Akteure so wenig nieder? Diese verhalten sich immer noch so, als gäbe es keine Alternativen. Dabei sind das riesige Potenzial regenerierbarer Energien und die Technik zur Nutzbarmachung länger bekannt als die atomar/fossilen Technologien. Selbst die neu scheinende Photovoltaik oder die exotisch eingestufte Brennstoffzelle sind seit über 100 Jahren bekannt.

Gestützt auf sog. "neutrale" Aussagen internationaler Energieagenturen und Strahlenschutzkommissionen wird seit Jahrzehnten toleriert, was einer wissenschaftlich seriösen Nachprüfung nicht standhält. Es wird vergessen, daß diese Institutionen (z.B. EURATOM, IAEA, ICRP) in erster Linie dazu geschaffen sind, die Sicherheits- und Strahlenbelastungs-Kriterien und die daraus abgeleiteten Indikatoren den Interessen der Atomindustrie anzupassen. Diese von Staaten bzw. Staatengemeinschaften unterhaltenen Institutionen mit Tausenden von hoch-

bezahlten Mitarbeitern unterliegen keiner parlamentarischen Kontrolle.

Wie konnte es dazu kommen ?



Die großen Energieprobleme tauchten erst nach dem I. Weltkrieg auf.

Der eigentliche Strukturwandel auf dem Energiemarkt erfolgte in erster Linie durch die Umwandlung der Primärenergieträger in die Sekundärenergien Heizöl, Benzin und Strom. Durch die erforderliche technische Zentralisierung und der damit verbundenen Kapitalbindung bei Beschaffung (Pipelines), Erzeugung (Kraftwerk) und Verteilung (z.B. Stromnetz) entstand ein neues energiewirtschaftliches Konzept. Hier bot sich eine einmalige Gelegenheit zur Etablierung monopolistischer und oligopolistischer Strukturen.

Das Bestreben der öffentlichen Hand, die einzelnen Energiebereiche im Interesse der Allgemeinheit zu gestalten oder zumindest zu kontrollieren (Preisbindung, Tarifbildung..) wurde zunehmend und gezielt unterlaufen. Durch die Einbeziehung regionaler oder kommunaler Körperschaften wird eine scheinbare Einflußnahme vorgegaukelt.

Die Energiepolitik folgte jahrzehntelang dem Dogma: Wohlstand nur durch höheren Energieverbrauch! So wurde – und wird immer noch – von scheinbar unabhängigen Experten verbreitet, die Alternative zu der gegenwärtigen Energiewirtschaft sei der Verzicht, sei die Rückkehr in die Barbarei.

"Wir brauchen mehr Energie um den Wohlstand zu sichern!"

Was zunächst plausibel scheint, entpuppt sich bei der Analyse als großer Irrtum – oder vorsätzlicher Bluff. Mit unseriösen, haltlosen Prognosen und irreführenden Kosten-Nutzen-Rechnungen wurden politische Entscheidungen geradezu erzwingen. Insbesondere die Atomenergiewirtschaft ist von Anfang an durch illusorische Erwartungen geprägt. Wirtschaftliche Fehlkalkulationen und unerfüllbare Wirtschaftlichkeitsaussichten prägen diesen Wirtschaftszweig bis zur Stunde. Es wird auch vergessen, daß das ursprüngliche Hauptmotiv für die Einführung der Kernergietechnologie nicht die Energieversorgung sondern die Plutoniumerzeugung war. Die "Energienücke" wurde erst sehr viel später erfunden: "Ohne Kernenergie gehen die Lichter aus" usw. Mit unseriöser Werbung und irreführenden Argumenten wird immer wieder versucht, den Bedarf anzuheizen

und damit die Grenze der Marktsättigung nach oben zu verschieben. Der Profit ist die Handlungsgrundlage der Ölmultis und der großen Verstromer (Atomenergie-Betreiber). Dieses Grundmuster wird von den Regierungen nicht nur toleriert, sondern sogar gefördert. Eine starke Lobby erreicht, daß diese (mörderische) Zielsetzung durch Gesetze und Verordnungen Bestandsschutz genießt. Noch immer steht in unserem EnWG (novelliert am 29.3.2000) die Preisgünstigkeit an vorderster Stelle der Forderungen. Zur Durchsetzung von Maßnahmen zur Kapitalbildung und zum Machterhalt ist offene und verdeckte Korruption eine besonders bewährte Methode. Dadurch, daß unverhohlen um "politisch zuverlässige" Abgeordnete geworben wird, werden die energiewirtschaftlichen Profitinteressen auch in parlamentarischen Prozessen immer wirksamer. Die Autonomie demokratischer Instanzen geht immer mehr verloren.

Konfliktbereitschaft ist nicht mehr zu erkennen: Man hütet sich, wirklich grundlegende Maßnahmen zu ergreifen wie z.B. angemessene Besteuerung von Flugbenzin und Atomstrom, Verbot energieverschwendender Kfz und anderer Geräte "mit eingebauten Verfallszeiten". Die Förderung der regenerativen Energien erfolgt in der Regel über zeitlich beschränkte und viel zu kurz greifende Programme. Eine großzügige Förderung der Solarenergie-Forschung und Entwicklung ist nicht erkennbar.

Da die multinationalen Handlungsoptionen dem nationalstaatlichen Zugriff weitgehend entzogen sind, wird die Rechtsstaatlichkeit zum stumpfen Schwert.

Maffiose Praktiken multinationaler Konzerne wie z.B. BP, EON, SHELL, VATTENFALL scheuen sich nicht, auf der Jagd nach Energierohstoffen, die Zerstörung von Lebensräumen und Kulturen in Kauf zu nehmen. Das Jahresbudget dieser machtvollen und kaum noch durchschaubaren Mammutgebilde übersteigt den Haushalt vieler Staaten. Mit milliardenschweren Transaktionen ist es diesen Imperien sogar möglich, Staatshaushalte zu ruinieren.

Ist die Situation hoffnungslos verfahren ? Läßt sich noch etwas wenden ?

Den Entscheidungsträgern ist immer wieder die Frage zu stellen, warum ökologisch orientierte Zielvorstellungen – die ja den eben erwähnten diametral entgegengesetzt sind – nicht oder nicht im gewünschten Umfang in die Politik einfließen. Nicht nur die Handlungen der Betreiber auch die Unterlassungen der sie stützenden Politiker gilt es anzuprangern. Stärker als bisher sollte auch versucht werden, die dahinter steckenden Strategien zu erkennen. Nur wenn die wahren Machtstrukturen und deren Steuerungsmechanismen bloßgelegt werden, lassen sich wirkungsvolle Gegenstrategien entwickeln.

Diktirt durch Bilanzen, Devisen- und Aktienkurse sowie durch z.T. unerfüllbare Gewinnerwartungen der Kapitaleigner sind die Betreiber oft gleichzeitig die Getriebenen. Nur noch selten ist eine namentlich bekannte Personengruppe für die volkswirtschaftlich desaströsen Verhältnisse verantwortlich zu machen. Die "global players" sind entpersönlichte staatsübergreifende Kartelle, denen Moralbegriffe fremd sind. Die einmalige Komplexität der Natur und ihre

Erhaltenswürdigkeit kommen im Wörterbuch der global players nicht vor. Folgen und Wechselwirkungen werden nur vor dem Hintergrund der Profite bewertet.

Die Kritik an dem weltweiten atomar/fossilen Energiesystem darf sich nicht nur auf ökologische Belange richten. Sie muß einbeziehen, daß die gegenwärtige zentralisierte Energiestruktur volkswirtschaftlich und sozial zu Verwerfungen und damit zur Einschränkung der Freiheitsrechte führt (Atomstaat). Sie muß einbeziehen, daß global die Ungleichheit zwischen industrialisierten und Entwicklungsländern nicht aufgehoben sondern vertieft wird.

Mit zunehmender Globalisierungskritik kommt

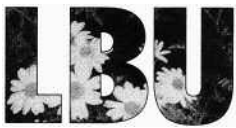
eine neue soziale Bewegung auf, die versucht, diese Thematik stärker aufzugreifen und politisch wirksamer zu bündeln. Der optimale Verfahrensweg dieses Prozesses ist sicherlich noch nicht gefunden. Erprobtes und Neues harret hier noch der Synthese.

Pierre BOURDIEU (in seinem letzten Interview): "Es geht um die Rückkehr zu einer Politik, die noch vollkommen im Aufbau ist ... Es geht darum ein politisches Projekt zu entwickeln eine Alternative zum herrschenden Kurs, und parallel dazu die Organisationsstrukturen zu schaffen, die den Erfolg dieses Projekts begünstigen ... Es genügt nicht mehr, den Gegner einfach zu beleidigen oder ähnlich simpel gestrickte

Verhaltensmuster anzuwenden, sondern man muß wirkliche Alternativen anbieten ... Unser Handlungsspielraum besteht darin, öffentliche Räume des Austauschs, sogar des internationalen Austauschs, zu eröffnen, um den Leuten, die sich für Alternativen interessieren, ein Forum zu bieten."

Adresse des Autors:
Prof. Dr. Rolf Bertram
Am Klausberge 27
37075 Göttingen
eMail: bertramrolf@aol.com

Land verabschiedet sich vom Naturschutz



Geldmangel macht Privatinitiativen notwendig

Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V. in Hannover ist die Dachorganisation der Bürgerinitiativen des Landes.

Er ist ein nach dem Bundesnaturschutzgesetz anerkannter Verband. Er kann deshalb u.a. Stellungnahmen zu Planungsverfahren abgeben.

In den Arbeitskreisen treffen sich Fachleute und Interessierte und beraten über aktuelle Spezialthemen. Hier entstehen die Positionen des LBU und konkrete Forderungen, mit denen er in der Öffentlichkeit agiert.

Die Mitglieder (BI's) z.Zt. mehr als 100 Gruppen (d.h. über 15'000 Mitglieder) haben alle unterschiedliche Zielsetzungen. Von der Müllverbrennung bis hin zur BI für den Erhalt eines schutzwürdigen Magerrasenstandortes.

Gemeinsames Ziel ist der Erhalt der Lebensgrundlagen des Menschen, der Tier- und Pflanzenwelt.

In Bürgerinitiativen engagieren sich tausende von Menschen für die Ziele des Umweltschutzes. Sie leiten Projekte, informieren die Öffentlichkeit oder wehren sich gegen unververtretbare Entscheidungen der Politik. Sie sind aktiv in allen Bereichen, ob im Naturschutz oder in der Bauleitplanung. Ohne ihr Engagement würde die Welt heute anders aussehen!

Der LBU als Verband der Bürgerinitiativen bündelt diese Kräfte und vereint hochkarätiges Fachwissen mit leidenschaftlichem Einsatz für unsere Umwelt. Er meldet sich zu Wort, wenn es etwas zu sagen gibt. Er ist Anlaufstelle für Fragen des Umweltschutzes, und er macht mit zahlreichen Projekten auf Probleme aufmerksam, die in der Öffentlichkeit sonst gern unter der Decke gehalten werden.

Bisher hat der LBU eine Vielzahl von Aufgaben bewältigt. Das Land Niedersachsen hat diese Arbeit bis vor kurzem finanziell so unterstützt,

dass die Arbeit effektiv und unabhängig gemacht werden konnte.

Durch die völlige Streichung der Mittel ab 2006 ist es äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich, weiterhin erfolgreiche Arbeit im Natur- und Umweltschutz zu leisten.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter brauchen dringend personelle und finanzielle Unterstützung.

Es werden Menschen gesucht, die im Raum Hannover wohnen und ihr Wissen und Ihre Arbeitskraft für den LBU einsetzen möchten. Die Vielfältigkeit der Arbeit hat keine Grenzen. Bitte wenden Sie sich an:

LBU Geschäftsstelle:
Odeonstr. 12, 30159 Hannover
Tel. 0511 368 15 20, Fax 0511 368 13 31
eMail: info@lbu-niedersachsen.de
oder an die
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Atom-Völkerrecht Für den Umbau des Atomrechts

Experten und NGOs aus aller Welt plädieren in Salzburg für einen Umbau des Atomrechts

Chancen und Probleme des internationalen und nationalen Atom- und Umweltrechts erörterten Fachleuten aus aller Welt mit Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vom 21. bis 23. Oktober 05 in Salzburg. Die österreichische Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) & Zukunftswerkstatt Energie hatten die 1. Internationale Konferenz zur Weiterentwicklung des Atom-Völkerrechts ausgerichtet. Erklärtes Ziel der Veranstaltung war es, kritische Rechtswissenschaftler und Rechtspraktiker mit Umweltaktivisten zusammenzuführen.

Der in Salzburg versammelt gewesene juristische Sachverständigen aus den Bereichen internationales Recht, Umweltrecht und Atomrecht stehen nun den NGOs zur Verfügung, erklärte Heinz Stockinger, Sprecher der Organisation. Die Palette der rechtswissenschaftlichen Beiträge

reichte von Streitfällen vor französischen Gerichten (Prof. Bernard Drobenko, Universität Limoges) über den jahrelangen Kampf des US-Anwalts Davor Pevec um Wiedergutmachung für die Leiden der Bewohner der Marshall-Inseln durch die Atomversuche im Pazifik und einem Vortrag über staatliche Verantwortung und Haftung für Atomschäden vom Doyen des europäischen Umweltrechts, Prof. Alexandre Kiss (Ungarn / Frankreich), bis zum Aufzeigen der Notwendigkeit und Wege für eine Reform des Euratom-Vertrages durch den deutschen MdB Hans-Josef Fell (Grüne).

Aus Österreich referierte unter anderen der Salzburger Strafrechtler Prof. Otto Triffterer zu den Möglichkeiten der Strafverfolgung von Politikern und Behördenvertretern, die gegenüber tatsächlichen, aber auch potentiellen Unfällen wie in Tschernobyl oder Temelin ihrer Verantwortung zur Vorbeugung vor Schäden und Beeinträchtigungen nicht gerecht werden. Rechtsanwältin Dr. Helmut Hüttinger, der die PLA-

GE und oberösterreichische Kläger gegen das Atomkraftwerk Temelin vertritt, schilderte die Mängel und Möglichkeiten des juristischen Eingreifens Betroffener in Entscheidungen über Atomanlagen auch in Nachbarstaaten.

Internetverbindung und Kontakt:
www.plage.cc



Das Wendland - Modellregion für Erneuerbare Energien !

Ohne Wind und Biogas geht es nicht !

Jetzt, wo die Erneuerbaren Energien zu einer ernstzunehmenden Größe werden und auch im Wendland bereits 20 % der Stromproduktion ausmachen, treten auch vermehrt örtliche Konflikte um bestimmte Standorte in Erscheinung. -

Bei der Potentialstudie, die wir im Jahr 2000 für die Umstellung der hiesigen Energieversorgung auf 100 % Erneuerbare Energien gemacht haben, wurde ermittelt, dass die zukünftige Stromversorgung der Region voraussichtlich zu fast 50 % auf Windkraft und zu fast 50 % auf Biomasse, insbesondere Biogas basieren wird. Wasser und Sonne spielen nur eine untergeordnete Rolle, wobei wir die rasante Entwicklung bei der Photovoltaik unterschätzt haben. Sie wird dennoch prozentual im einstelligen Bereich bleiben.

Nicht nur die Wirbelstürme in den USA und die Überschwemmungen des Frühjahrs haben uns dieses Jahr erneut gezeigt, wie notwendig die Energiewende ist. Die Preise für fossile Energien sind dramatisch gestiegen – und haben selbst dort Nachdenklichkeit ausgelöst, wo man sonst die Erneuerbaren nur belächelt hat.

Erneuerbare Energien erfreuen sich hoher Sympathiewerte

Auf diesem Hintergrund betrachtet, erfreuen sich die Erneuerbaren immer noch hoher allgemeiner Sympathiewerte (im Vergleich zu Atomenergie und Kohle). Doch wenn es dann um konkrete Standorte geht, vor der eigenen Haustür, ändern sich manche Einstellungen schnell. – Die Vielzahl der Standorte birgt auch das Problem, dass selbst wenn nur jeder 10. Standort "falsch" gewählt wurde, der Protest vor Ort die ganze Energieart in Verruf bringt, weil es meist nicht bei einer sachlichen Auseinandersetzung und Abwägung bleibt.

Die Bäder-Biogasanlage für Lüchow

Die für Lüchow geplante Biogasanlage in der Nähe der Badeanstalt und des Hallenbades ist ein gutes Beispiel. – Nur wenn die Anlage in der Nähe der Bäder gebaut wird, kann die Wärme so günstig für die Bäder bereitgestellt werden, dass 80 % der bisherigen Energiekosten gespart werden können. – Da die Energiekosten der Bäder für das Überleben der stark gefährdeten Bäder von ausschlaggebender Bedeutung sind, könnte es hier sein, dass mit dem Bau dieser Biogasanlage das Schicksal der Bäder direkt verbunden ist. Insofern bin ich gespannt, wie sich in diesem Fall der breite Wunsch zur Rettung der Bäder mit möglichen Bedenken von Anwohnern vertragen werden. Wir werden die Diskussion offen führen !

Was ist denn daran nun "Modell"-Region ?

Wir streben im Wendland die Umstellung nicht nur im Strombereich, sondern auch im Bereich Verkehr und Wärme innerhalb von 15 Jahren an.

Das haben uns andere in Skandinavien und Österreich bereits erfolgreich vorgemacht !

Wir wollen genau wie unsere Vorbilder, nicht nur die regionale Wertschöpfung so weit steigern, dass wir nicht mehr auf staatliche oder atomare Almosen angewiesen sind. Nein wir wollen auch als bundesweit bekannte Atom-Protest Region dafür sorgen, dass unsere Modellregion als leuchtendes Beispiel für alle anderen Regionen in Deutschland und darüber hinaus dient. Damit dies gelingt wollen wir auch den Energie-Tourismus fördern und in einem Kompetenzzentrum dafür sorgen, dass das nötige Fachwissen weite Kreise zieht.

Unsere weiteren Schritte und Bausteine zur Modellregion könnten sein :

Energieagentur und Kompetenzzentrum

Um die breite Information der Öffentlichkeit, aber auch von Handwerk, Gewerbe und Verwaltung auf sichere Beine zu stellen wird jetzt mit Hilfe von Region Aktiv ein EU-Antrag für eine regionale Energieagentur gestellt.

Diese Energieagentur soll neben ihrer örtlichen Beratungstätigkeit auch den Aufbau eines Kompetenz- und eines Besucherzentrums vortreiben. – In diesem Besucherzentrum sollen Jung und Alt Energie zum Anfassen und Ausprobieren erleben. – Große Ausstellungs- und Erlebnisräume sollen zusätzlich die einzelnen Erneuerbaren Energien leicht durchschaubar und verständlich machen. Der Schulungsbedarf, z.B. im Biogasbereich ist bundesweit enorm und wird zur Zeit noch durch keine Institution annähernd abgedeckt. Die Ausbildung zur "Fachkraft Biogas" soll bald so selbstverständlich sein, wie heute schon die Ausbildung zum "Solateur", die ebenfalls in der angegliederten Solarschule möglich sein soll.

Die Gläserne Biogasanlage als erster Baustein

Unter "Gläserne Biogasanlage" verstehe ich eine normale wirtschaftlich arbeitende Biogasanlage auf NAWARO-Basis, die für Besuchergruppen der Größe Schulklasse (30) bis Busgruppe (50) ausgelegt ist. Es sollen maximale Einblicke in das Innenleben der Anlage möglich sein, ohne den Betrieb zu beeinträchtigen. (z.B. Brücken und Bullaugen)

Die Anlage soll 2006 gebaut werden, Region Aktiv hilft auch hier bei der Planung.

Wer soll das bezahlen ?

Diese Umstellung auf Erneuerbare Energien hat einen enormen Investitionsbedarf.

Da es sich zum großen Teil um wirtschaftlich interessante Projekte handelt, werden meist die Landwirte selbst zu Großinvestoren oder sie schließen sich zu Betreibergemeinschaften zusammen. Eine weitere wichtige Möglichkeit ist die der Bürgerbetreibergemeinschaften.

Solar-Wind Beteiligungen im Wendland

Noch ist die finanzielle Beteiligung am Bau einer 1,3 MW-Windkraftanlage in Klennow und einer 114 KW-Photovoltaikanlage bei Voelkel in

Pevestorf möglich. Bürger und Bürgerinnen der Region können sich ab 3.000 Euro als Kommanditisten beteiligen, Interessenten von Außerhalb ab 5.000 Euro. Die Einwerbung des Eigenkapitals wird bis Jahresende angestrebt.

Mit dem Bau der 99 m hohen Windkraftanlage bei Klennow wurde begonnen, das Fundament ist fertig. Die Anlage soll mit 1,8 Mio. kWh jährlich so viel Strom liefern, wie 600 Haushalte verbrauchen.

Gleichzeitig wird auf einer 100 m langen Lagerhalle des Bio-Fruchtsaftherstellers Voelkel in Pevestorf, eine große Solarstromanlage errichtet, die jedes Jahr 100.000 kWh sauberen Strom erzeugt.

Für die Gesamtinvestition in Höhe von 1.860.000 Euro sollen ca. 30 % als Eigenkapital einge-worben werden. Der Rest wird über die GLS-Bank finanziert. Die Rendite liegt bei 5 %.

Durch die gesicherte Vergütung des Stromes über das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) kann für dieses Projekt noch für 20 Jahre mit einer festen Einspeisevergütung gerechnet werden. Im Beteiligungsprospekt wird diese unternehmerische Beteiligung mit allen Chancen und Risiken genau beschrieben.

Prospekt + Informationen sind bei der Solar-Wind-Wendland GmbH & Co.KG in Güstritz, Tel + Fax: 05843-444 kostenlos erhältlich.

Reiseführer + Karte

"Hin zu Neuer Energie"

Die neue Radwanderkarte hat sich schon beim CASTOR und der Landpartie bewährt.

Im Reiseführer werden 80 Energieanlagen in der Region auf 80 Seiten mit Fotos und Text genau beschrieben. Auf der Radwanderkarte sind alle Beispielprojekte eingezeichnet und auf der Rückseite noch einmal kurz beschrieben.

Herausgeber ist der Verein WendenEnergie e.V., Landstraße 6, 29462 Güstritz, ebenfalls erreichbar unter Tel + Fax: 05843-444, oder in allen Buchhandlungen der Region.

Preis: Reiseführer 2 Euro , Radwanderkarte 1,50 Euro. Gegen Zusendung von 5 Euro wird beides zusammen zugeschickt.

Dieter Schaarschmidt

Castor - Dokumentation 2005

Wir machen Geschichte ...

Die Redaktion der Zeitschrift anti-atom-aktuell sucht Text- und Bild-beiträge rund um die Geschehnisse beim Castortransport, um wieder eine Dokumentation zusammenzustellen.

Schickt eure Erlebnisse bitte möglichst schnell an:

**redaktion@anti-atom-aktuell.de
www.anti-atom-aktuell.de**

Januar

1.1.06 - 14 Uhr, Neujahrsempfang am Gorlebener Erkundungsbergwerk
13.-15.1.06 - Energiepolitik in der Europäischen Union: Interessen und Handlungsspielräume deutscher Akteure in Loccum
www.loccum.de/program/p0602.html

14./15.1.06 - Tagung IPPNW über "Globalisierung, Krieg und Intervention" in Frankfurt/M.
www.ippnw.de

20.1.06 - 19 Uhr, Veranstaltung über EPR-Reaktor, in Platenlaase

Februar und später ...

5.2.06 - 14 Uhr UAA-Sonntagsspaziergang, anschl. D-NL Anti-Urenco-Treffen

8./9.2.06 - Wintertagung Deutsches Atomforum in Berlin
www.datf.de

3.3.- bundesweiter Aktionstag Gentechnik,
www.altercampagne.free.fr

9.-12.3.06 - Internationaler Kongreß "20 Jahre Leben mit Tschernobyl – Erfahrungen und Lehren für die Zukunft", Montforthaus Feldkirch/Österreich

2.4.06 - 14 Uhr UAA-Sonntagsspaziergang, anschl. D-NL Anti-Urenco-Treffen

7.-9.4.06 - Internationaler Kongreß IPPNW "20 Jahre Tschernobyl" in Bonn und Bad Godesberg
www.tschernobylkongress.de

15./16.4.06 - Anti-EPR-Rally Cherbourg, www.stop-epr.org

22.4.06 - grenzüberschreitende Demonstration von Gronau nach Almelo "20 Jahre Tschernobyl – Uranindustrie stoppen"

26.4. - 20 Jahre Tschernobyl alle Veranstaltungen unter
www.tschernobyl2006.de

16.-18.5. - Jahrestagung Kerntechnik 2006 in Aachen,
www.datf.de

Wiederkehrende monatliche Termine

Jeden 2. Mittwoch 20 Uhr, Widerstandstreffen in Mützingen

Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet

Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de

Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus

Jeden 3. Sonntag 14.00 Uhr, Sonntagsspaziergänge in Rossendorf/Dresden

Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



Der EPR-Reaktor in Flamanville – Renaissance der Atomkraft? Informationsveranstaltung

Jean Yvon Landrac und Cécile Lecomte (Réseau Sortir du Nucléaire) berichten über den geplanten Bau eines neuen Reaktortyps und den Widerstand in Frankreich. Infos zum EPR unter: www.stop-epr.org

Das Ökoreferat lädt ein: **LigA, Mittwoch 18. Januar 06 18:30 Lüneburg Hörsaal an der Uni Lüneburg**

Die BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg lädt ein: **Freitag 20. Januar 06 19:00 Platenlaase Cafe Grenzbereiche**

In Flamanville (Normandie), soll der Prototyp eines neuen Atomreaktors der sogenannte EPR - European Pressurized Reaktor - gebaut werden. Geplant ist er als kommerzielles Vorzeigewerk für die Renaissance der Atomkraft in Frankreich, in Europa (Finnland) und in Asien. Der 3 Milliarden teure Reaktor ist aber nicht sicherer als andere Druckwasserreaktoren; außerdem wird weiterhin in hohem Maße Atommüll produziert. Ein Teil der die Sicherheit des Reaktors betreffenden Informationen steht unter Militärgeheimnis. Der EPR ist ein deutsch-französisches Projekt, an dem das deutsche Unternehmen Siemens zu einem Drittel beteiligt ist. Ein internationales Bündnis gegen den EPR hat sich gebildet und mobilisiert zur **Großdemo in Cherbourg am 15/16.04.06**. Darum: informiert euch – und kommt Ostern 2006 nach Cherbourg !!

Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 25851335, Konto: 2060721
 Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: Horst Eckert, Francis Althoff
 Bildmaterial: T.Vogt, I. u W. Lowin.
 Mitarbeit: S. Kamien, C. Lecomte, L.Wente, PLAGE, R. Bertram, D. Schaarschmidt, P. Bauhaus, W. Ehmke, A. Doninger.

Auflage: 1000

BI Büro: Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow
 Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197, bi-luechow@t-online.de,
www.bi-luechow-dannenberg.de
 Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di und Do 15 - 18 Uhr